

LIBERALE FRAUEN

Landesvereinigung Baden-Württemberg

Ausgabe 8

LIBERA Baden-Württemberg

September 2006

Editorial

Liebe Mitglieder der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, liebe Leserinnen und Leser,

rechtzeitig zum Beginn des Schuljahres 2006 / 2007 liegt vor Ihnen die aktuelle Ausgabe der LIBERA Baden-Württemberg. Bildung geht alle an – nicht nur in Wahlkampfzeiten. Bei der Mitgliederversammlung am 20. Mai 2006 in Stuttgart berieten die Liberalen Frauen einen Antrag aus Stuttgart. Aufgrund des engen Zeitkorsetts fehlte die Zeit für eine intensive, abschließende Diskussion. Doch wir bleiben dran. „Integration durch Bildung – neue Wege gehen! Beispiele aus dem Schulalltag“ lautet das Thema unseres Fachtags am 7. Oktober 2006 in Offenburg. Ganz bewusst haben wir Schülerinnen und Schüler mit Mitgrationshintergrund in den Mittelpunkt gestellt. Wir hoffen, dass uns die gelungenen Beispiele aus dem Schulalltag Wege zeigen für gelingende Integration und Bildung.

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung ist die Zukunft unserer Kinder. Und: Bildung muss früh beginnen – nicht erst mit der Einschulung im Alter von sechs oder sieben Jahren.

Politik lebt vom Mitmachen. Machen auch Sie mit – bei den Liberalen Frauen oder bei der nächsten LIBERA Baden-Württemberg. Schreiben Sie uns! Oder besuchen Sie uns bei unseren Veranstaltungen vor Ort!

Herzliche liberale Grüße

*Jutta Pagel
Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg*

Aktuelle Debatte im Landtag

„Hauptschule nicht schlecht reden, sondern Selbständigkeit fordern“



gesehen bei der Landesgartenschau in Heidenheim

„Ich habe in Hauptschulklassen junge Menschen kennen gelernt, die schon sehr viel erwachsener waren und schon genauer wussten, was sie mit ihrem Leben anfangen, als mancher gymnasiale Nesthocker“. Mit diesen Worten warnte die FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Arnold in einer aktuellen Debatte des Landtags im Juli über das Thema „Der angekündigte Umbau der Hauptschulen in Baden-Württemberg“ davor, die Hauptschulen grundsätzlich schlecht zu reden.

Auch für die Hauptschule gelte das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Ihre Schüler könnten einen mittleren Abschluss erwerben und auch die Hochschulreife erlangen. „Deshalb gibt es für die FDP/DVP-Landtagsfraktion keinen Grund, das dreigliedrige Schulsystem aufzugeben und beispielsweise ein Regionalschul-Konzept von oben überzustülpen“, so Birgit Arnold.

Stattdessen müssten die Hauptschulen in die Lage versetzt werden, ihre nicht abzustreitenden Probleme gemeinsam vor Ort – natürlich mit Unterstützung der Landesregierung - in den Griff zu bekommen. Das betreffe beispielsweise die ländlichen Gebiete, in denen bis zum Jahr 2013 die Schülerzahlen bis zu 27 Prozent zurückgehen werden. Darunter hätten besonders die kleinen einzügigen Hauptschulen mit Klassengrößen bis unter zehn Schülern zu leiden.

„Wir wollen Flexibilität vor Ort fördern – beispielsweise die Kooperation verschiedener Schularten oder den gemeinsamen Unterricht verschiedener weiterführender Schularten unter einem Dach“, so Arnold. Eine weitere Möglichkeit, die an größeren Standorten genutzt werde, sei die Zusammenlegung von Hauptschulen, wie es in Heidelberg gemacht wurde. Dort werden aus acht Hauptschulen in Zukunft vier gebildet. Wichtig sei es, die Netzwerke zwischen örtlichem Handwerk und dem Lehrerkollegium auszubauen. Entscheidend für den Bildungserfolg ist letztlich die real geleistete Arbeit vor Ort.

Diskussion

Bildung und Integration - Pädagogische Institutionen im Blickpunkt!

Stuttgart (sw). Das Thema Bildung und Integration ist seit der „Pisa“- , „Iglu“- und „OECD“- Studie – endlich – wieder in den Vordergrund gerückt. Publikationen, Statistiken und – so genannte – neue Konzepte wie auch Bildungspläne flankieren den Bildungsmarkt. Aufwändige Analysen und Kommissionsberichte scheinen der Wurzel allen Übels auf die Spur gekommen sein.

Mit Bildung und Chancengleichheit zu einer besseren Integration! Der Schlüssel zum Erfolg wäre somit gefunden. Doch welche Tür lässt sich damit öffnen? Ironisch nachgefragt, eine Herausforderung nur an die Politiker, die Kultusministerien und die Pädagogen? Nein, laut Grundgesetz liegt die Pflicht und Schuldigkeit zu Anfang bei den Eltern. Leider wird das **nur all zu gerne vergessen** und die dazu gehörige Verantwortung **nur all zu gerne abgegeben!**

Wohin die Erziehung und Bildung in den ersten Jahren läuft, hängt ab vom vorgelebten Verhalten der Vorbilder. Erziehen sie ihre Kinder so, dass sie im Vertrauen auf sich selbst motiviert auf die Umwelt zugehen und immer wieder Lust und Neugierde auf Unbekanntes verspüren? Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Felix v. Cube bezeichnet dies als „Lust an der Leistung“. Der wichtige Motor für Vorankommen und Wachstum und das in jeder Hinsicht, heute, doch vor allem für die Zukunft!

Dieser „Motor“ wird im Elementarbereich weiter mit gutem Stoff versorgt; ein beitragsfreies Pflichtjahr allein vor der Schule genügt nicht! Und... soll Bildung und Verantwortung den Erziehungsberechtigten wirklich nichts mehr Wert sein? Außerdem – man denke an die vielen privaten Träger... welches Unternehmen könnte auf 30 – 50 % seiner Einnahmen ein Jahr lang verzichten? Wer übernimmt die Kosten, wenn doch „alle Kassen leer sind“?

Die Ganztagschulen sollen die Chancengleichheit gewährleisten; jedoch, wird genügend päd. Personal zur Verfügung gestellt, oder muss nach geraumer Zeit auf Grund schon vorab festgelegten Einsparungsmaßnahmen wieder auf „ehrenamtliche“ Unterstützung zurück gegriffen werden? Überlässt man die Schüler dann wieder sich selbst?

Wenn Investitionen, dann kontinuierlich, denn Bildung ist immer langfristig angelegt. Viele provozierende Fragen stehen im Raum und lähmen das Vorankommen in unnachahmlicher Weise

durch stundenlange Diskussionen. Würde ein Unternehmen soviel Zeit mit „Unterhaltung“ verbringen, die Auftragslage würde drastisch in die roten Zahlen abrutschen.

Wie steht es mit einem Ranking unter den Schulen? In der Betriebswirtschaft spricht man von „der lernenden Organisation“. Kann der päd. Bereich hier punkten? Wenn in Berlin an der Herbert - Hoover Schule seit gut zwei Jahren mit Erfolg „nur“ Deutsch auf dem Schulhof gesprochen wird, so sollte man sich anderen Ortes fragen, welche Brücke von der Schulleitung zu den Elternhäusern gebaut wurde, dass diese beispielhafte und vor allem zukunftsorientierte Regelung in punkto Integration funktioniert? Mag es an zielorientierten Gesprächen liegen oder an konsequentem Handeln? Die Erfolgsstrategie liegt klar auf der Hand... Konsequenz! Die Schüler, Eltern und Pädagogen begrüßen dieses Modell! – FAZ v. 29.01.06 -

Man stelle sich die pos. Entwicklung in Deutschland vor, sollte diese „Berliner Modell“ „Schule“ an allen Schulen machen; der erste Schritt für eine bessere Chancengleichheit wäre getan.

Laut Stuttgarter Zeitung vom 28.06.06 wurde die Herbert-Hoover-Realschule mit dem Nationalpreis der Deutschen Nationalstiftung ausgezeichnet. Der Preis ist mit 75 000 Euro dotiert. „Eine gemeinsame Sprache ist Mindestbedingung für Zugehörigkeit und Integration“ sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Laudatio im Französischen Dom.

Diskussion

Bildung und Integration - ... und es bewegt sich was!

Stuttgart (sw). **Vielerorts wurde Stellung bezogen. Schulen haben Konzepte vorgestellt. Anfänge zum Thema wurden gemacht und sind mit dem Schlagwort Evaluation besetzt. Auch in der Politik wurde gehandelt.**

Politisch gesehen sollen Einbürgerungstests zukünftig der Integration Rechnung tragen.

Zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung. Nun gilt es die Inhalte mit dem „richtigen Input“ zu versehen. Wissen über die Gepflogenheiten eines Staates müssen „vorbildhaft“ von allen gelebt und konzeptionell in den einzelnen Bereichen verankert sein. Im Elternhaus, sowie in allen Bildungsinstitutionen. Im Grundschulbereich durch MENEK, dem, im Bildungsplan integrierten Konzept „**Mensch Natur Kultur**“. Für weiterführende Schulen heißt das konkret... die

Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde, als auch Umwelt/ Gesundheit inhaltsreich, klar, und vor allem wahrheitsgetreu zu bestücken. Bestücken mit Lernstoff, der geistig bewegt; denn nur so kann er zum Fundament für eine gelingende Integration werden.

Hierzu zählt auch das Wissen über deutsche und! deutsch/deutsche Geschichte. Denn, wie soll Integration mit Migranten umgesetzt werden und gelingen, wenn „Vergangenes“ immer noch lebendig ist und auf grund der Meinungsfreiheit ungezügelter Ausmaße annimmt?

Der Bericht in der Stuttgarter Zeitung vom 02. Mai 2006 zum Tode von Paul Spiegel ist ein Zeugnis, dass das Problem der Integration für Deutschland selbst immer noch Thema ist.

Zitate und Äußerungen, die der Verstorbenen während Veranstaltungen und per Post hat erleben müssen, spotten jeder Beschreibung. Auf eine Wiederholung dieser Zitate wird an dieser Stelle bewusst verzichtet. Würden sie – allein schon beim Schreiben – wie bereits beim Lesen dieser Beispiele, ein Gefühl des Schauers hervorrufen.

Wo bleiben Stil, Niveau, Anstand und Moral? Die! flankierenden Stützen in der Bildung?

Was ist, so stellt sich beschämend die Frage, heute, aufgrund der leider falsch verstandenen Demokratie in Deutschland als auch in Europa alles möglich?

Beschimpfungen, Beleidigungen, tätliche Übergriffe, Ehrenmorde... die Liste kann noch beliebig weitergeführt werden. Wann werden endlich demokratische Grenzen aufgezeigt? Grenzen, die in der Verfassung klar und eindeutig dokumentiert sind? Wann werden die Verantwortlichen sensibel und ihrer „vorbildlichen“ Verantwortung bewusst?

Bewusstsein, oder besser gesagt die Erkenntnis basiert gleichermaßen auf Bildung. Doch Bildung heißt nicht nur „aneignen oder abspulen von Wissen“. Der Begriff ist weitaus umfassender!

Ein wesentlicher Faktor ist das moralische Verständnis. Ein sensibler Umgang mit Wissen nährt dieses Verständnis und lässt den Menschen reifen. Sittliche Reife kann sich entwickeln!

Eine Entwicklung, die als Voraussetzung für ein Leben zum Miteinander unverzichtbar ist.

Starrsinn, dogmatisches und Stabslinien mäßiges Verhalten sind hierbei fehl am Platze und denkbar schlechte Wegbegleiter! Doch genau diese Verhaltensmechanismen treten heutzutage immer häufiger in Erscheinung; ob auf Schulhöfen, bei Versammlungen oder in Zeitun-

gen, die leider auch immer weniger Stellung beziehen....

Ein klares „Nein“ tut jeder Demokratie gut und ist ein „muss.“, um dieselbe bzw. deren Bürger zu schützen.

Man kann sich für andere nicht schämen, doch es ist beschämend!, was auf demokratischem Boden mangels Bildung und demokratischer „Gelassenheit“ – im Bildungsbereich spricht man von Permissivität - erlebbar und immer häufiger hinzunehmen ist.

Populismus ist Trumpf...mit dem aktuellen und verzweifelt Vorschlag zur Integration, eine einheitliche Schulkleidung in Deutschland einzuführen wird das Kind „mit dem Bade ausgeschüttet“. Man trifft, oberflächlich fokussierend, leider nicht ins Schwarze, denn wie heißt es so richtig? „Die Gedanken sind frei“!

Liberales Frauen Stuttgart

Quotenregelung an Schulen

Stuttgart (sw). unterstützen die von Kultusminister Helmut Rau geplante Quotenregelung an den Grund- und Hauptschulen. Konkret heißt dies für die Landeshauptstadt: „60 Prozent der SchülerInnen einer jeden Eingangsklasse müssen der deutschen Sprache mächtig sein!“

Die Stuttgarter LIF- Corinna Werwigk-Hertneck, Susanne Winkler und Gabriele Zoller dokumentierten dies unlängst in einer klaren Stellungnahme. Die unumstrittene Aussage „Bildung hat Vorfahrt“ wurde durch die Forderung, einen neuen integrationspolitischen Ansatz anzustreben, untermauert. Ausgangspunkt war das Referat „Verkehrsknotenpunkt Bildung“ vom September 2005 im „Ratskeller“. Das Resümee dieses Abends verdeutlichte, dass die Anwesenden eine gemeinsame Sorge vieler Eltern und Lehrer/innen teilen. Landesweit werden in den Grund- und Hauptschulen zu viele verschiedene Sprachen zwischen den Kindern gesprochen.

Der Mangel an Fertigkeiten in der deutschen Sprache ist offensichtlich und vieler Orts zu einem ernstzunehmenden Problem geworden, das Handlungsbedarf zwingend notwendig macht. Fähigkeiten entwickeln sich mangels Sprache nur unzureichend oder gar nicht. Die Folge dieser Entwicklung stellt zudem eine deutliche Verschlechterung der sprachlichen Kompetenz in der deutschen Sprache dar. Gut Deutsch sprechende Kinder geraten in die Minderheit.

Sie werden oftmals gehänselt oder gar unterdrückt.

Insbesondere Mädchen haben Angst sich um eine gute Ausdrucksfähigkeit zu bemühen. Ein Bildungsdefizit ist unweigerlich die Folge! Eine gesellschaftliche Abwärtsspirale wird in Gang gesetzt! Sozialer Aufstieg durch Bildung wird nicht erreicht. Die gewünschte Integration schlägt fehl.

Immer mehr Erziehungsberechtigte – vor allem in den Großstädten – bemühen sich darum, ihre Kinder nicht mehr dort einzuschulen, wo der Migrationshintergrund prozentual überwiegt. Sogar ein Umzug wird in Kauf genommen oder das Kind wird auf einer Privatschule angemeldet. Die Steigerung von 34% in den letzten Jahren verdeutlicht diese Tendenz.

Gewünscht und gewollt sind bessere Bildung und eine Erziehung, die sich vor allem und in erster Linie an den kulturellen Grundwerten des Abendlandes orientiert.

Dass dies keine unrealistische Forderung ist, zeigt ein Blick über die Landesgrenzen hinweg. In Dänemark gibt es bereits praktizierte Quoten. Selbst die Oberbürgermeisterin von Kopenhagen hält das „Albertslunder Modell“ für vorbildlich: Hier werden Kinder aus „neudänischen“ Familien mit Sprachkenntnissen unter dem Durchschnitt zwangsweise so auf Schulen verteilt, dass der Anteil dieser Kinder nirgendwo ein knappes Drittel (31%) übersteigt. Die Befürworter dieses Modells können auf Umfragen bei Zuwandererfamilien verweisen, wonach diese Familien ihre Kinder vorzugsweise auf Schulen schicken wollen, an denen „einheimische“ Kinder ein deutliches Übergewicht haben, damit sie sich Sprache, Kultur und Alltagsleben der Dänen umfassend aneignen können.

Die Brisanz der Thematik steht außer Frage und wird beim kommenden Fachtag im Oktober in Offenburg von der Landesvereinigung der Liberalen Frauen Baden-Württemberg aufgenommen.

„Wer entscheidet, wen du heiratest?“

Zwangsheirat ist ein Thema an Schulen. Mit Unterrichtsmappen und Schulbesuchen bringt die Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V. das Thema in die Schule.

Die Unterrichtsmappe „Zwangsheirat“ kann bei terre des femmes unter Tel. 07071 / 79 73 – 0 oder www.frauenrechte.de für 12 Euro bestellt werden.

Liberaler Frauen Mittelbaden auf der „Meile des Ehrenamtes“ der Stadt Karlsruhe

Alles was Recht und klug ist - Worte zum Hören und Weitersagen!



Regierungspräsidentin a.D. Gerlinde Hämmerle im Gespräch mit den Liberalen Frauen Mittelbaden

Karlsruhe (rfr). Nach langem Hin und Her an Bedenken und Abwägungen, wie wir eine interessante Aktion gestalten könnten, wer welche Aufgaben übernehmen will, wurde die Idee von unserem Mitglied Helga Kreiner umgesetzt und zum Thema "Alles was Recht und klug ist - Worte zum Hören und Weitersagen!" gemacht. Den Titel schlug uns Rosemarie Strobel-Heck (Aktivbüro) vor. Die Projektleitung übernahm Bärbel Weber, ein Rätsel für den Infostand trug Gisela Geckler bei. Irmgard und Jürgen W. Morlock übernahmen die graphische Gestaltung und den Druck der Nachbildung eines der von Jochen Gerz geschaffenen Schilder des 'Platzes der Grundrechte' in Karlsruhe, den Flyer "So ist es" sowie die Drucke von Hedwig Dohm und Luise Riegger zur Gestaltung des Infostandes und des Bühnenauftritts. So präsentierten wir uns der Öffentlichkeit am 29. Juli 2006, zwischen 10 und 16 Uhr. Und das bei tropischen Temperaturen, die uns arg zusetzen.

Über die LiF informierte Rita Fromm in einem Kurzinterview mit Martin Wacker die Zuhörer und Zuhörerinnen. Besonders freuten wir uns über die Unterstützung des FDP-Bundestagsabgeordneten **Patrick Meinhardt** (Wahlkreis Karlsruhe-Land) durch seinen Kurzbesuch. Höhepunkt unserer Aktion war der von Bärbel Weber und Rita Fromm zusammengestellte Bühnenauftritt auf dem Kirchplatz St. Stephan. In einem viertelstündigen Programmbeitrag lasen Monika Groh, Dorette Franck und Annette John-Denda Fragen und Antworten aus dem Duden, den Schildern vom 'Platz der

Grundrechte' in Karlsruhe, dem Wikipedia, dem Grundgesetz sowie von Hedwig Dohm und Luise Riegger vor. Leider klappte die Musikeinspielung über das Mischpult "Die Gedanken sind frei..." nicht. Aber es schmälerte nicht den Beifall des Publikums. Wer sich für das Textbuch interessiert kann es per Email von Rita Fromm erhalten.



Vor dem großen Auftritt ...

LiF-Protokollführerin Ursula Jacob und LiF-Schatzmeisterin Astrid Weber gehörten wie die anderen auch zur Projektgruppe und zum Infostandteam. Und wie immer unterstützte uns Irmela Müller mit Ihren Sonnenschirmen Und ohne die zuverlässige Unterstützung von Karl F. Kratt, der wieder die Bistrotische und Sitzgelegenheiten beisteuerte und transportierte, hätten wir diesmal besondere Probleme mit dem Aufbau und Abbau des Infostandes gehabt, denn die Julis waren mit einem Stand beim Open-Air-Festival "Das Fest" voll beschäftigt.

Leitbild unserer Arbeit sehen wir in dem Zitat von **Luise Riegger**, Mitbegründerin der überparteilichen Karlsruher Frauengruppe (1946), dass wir gerne weitersagen:

***"Politik wird in jedem Fall gemacht.
Wenn wir Frauen sie so durchgeführt
sehen wollen, wie wir sie für richtig halten,
müssen wir mitmachen;
sonst wird mit uns Politik gemacht."***

... unsere Surftipps:

www.liberale-frauen-bw.de
www.liberale-frauen.de

www.frauen-aktiv.de
www.landesfrauenrat-bw.de

Libérale Frauen in der PaminaRegion

2 Länder, 2 Sprachen, 3 Regionen, 1 Begriff: PAMINA

wie aus einer rheinüberwindenden Idee ein gemeinsames Herbstfest am 17. September 2006 des Bezirks Pfalz und Mittelbaden wird.

(rfr/ud) Zwei Länder, zwei Sprachen und drei Regionen verbindet ein Begriff: PAMINA. Dem ging ein langer politischer Weg von der Unterzeichnung der „Willenserklärung von Wissembourg“ 1988, der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft PAMINA 1997 und der Gründung der REGIO PAMINA 2000 - als Grenzüberschreitender Örtlicher Zweckverband / GÖZ voraus. Ein deutsch-französisches Frauennetzwerk „Femmes Pamina Frauen e.V.“ wurde im Jahr 2002 gegründet. Gisela Geckler fungierte damals als Wahlleiterin. Seit dieser Gründung gehört Rita Fromm dem Vorstand an. Beide entwickelten die Idee, mit liberalen Frauen der Südpfalz Kontakt aufzunehmen, um badisch-pfälzische Verbundenheit im politischen Sinne - nicht nur zu Revolutionszeiten wie 1849 - wieder aufleben zulassen. In Ute Dorr aus Kandel fand Rita Fromm eine begeisterte und engagierte Unterstützerin. Gesagt, getan.

Ute Dorr übernahm dankenswerterweise die Federführung und entwickelte ein Programm, denn die LiF Mittelbaden steckte zu dieser Zeit bis über den Kopf in den Vorbereitungen zur Teilnahme an der 'Meile des Ehrenamtes' der Stadt Karlsruhe für den 29. Juli 2006. Es war nicht leicht, einen gemeinsamen Termin zu finden am Sonntag, dem 17. September 2006 von 10:30 bis 17:00 Uhr in der Buschmühle im Modenbachtal / Pfälzerwald. Die LiF-Bundesvorsitzende Sibylle Laurischk, MdB wird in ihrem Referat „Libérale Frauen - Impulse für die FDP“ vorstellen und die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Heike Hatzmann die Bedeutung einer gemeinsamen „grenzüberschreitenden“ Verbindung beschreiben. Rita Fromm wird aus ihrem Fundus "Liederliches aus Frauenmund / Texte von frechen und unangepassten Frauen" zum geselligen Teil beisteuern, zu einer Collage verbinden und mit weiteren mittelbadischen Frauen vortragen. Ein dreigängiges Mittagessen, Gespräche und Kaffee und Kuchen begleiten uns durch den Tag. Und für eine Kinderbetreuung ist auch gesorgt. Unsererseits hat sich Monika Groh dafür bereit erklärt.

"Recht. So!": - Die Ehe und ihre Rechtsfolgen

(df) „Recht. So! Ehrenamt und Kulturstadt Hand in Hand“ heißt eine Informationsreihe der Liberalen Frauen Mittelbaden. Am 30. März 2006 informierte Dorette Frank, Fachanwältin für Familienrecht, im Karlsruher Alleehotel über die Ehe und ihre Rechtsfolgen.

"Oft sind sich die zukünftigen Ehepartner über die rechtliche Bedeutung der Eheschließung nicht im Klaren. Bedauerlicherweise wird nämlich heute jede zweite bis dritte Ehe geschieden. Mit dem Vortrag solle ein Bewusstsein für die Problematik geweckt werden", erklärte Dorette Franck. Sie stellte hierbei ein Regelungsinstrument der Ehe vor, den Ehevertrag. Mit dem nicht nur die Folgen einer Ehe, sondern auch weitestgehend die Folgen von Trennung und Scheidung geregelt werden können. Es gibt verschiedene Typen von Eheverträgen:

Die vorsorgenden Eheverträge: Das sind Verträge, die vor der Heirat abgeschlossen werden. Das empfiehlt sich, wenn ein größeres Vermögen vorhanden ist, zum Beispiel ein Betriebsvermögen.

Dann gibt es Eheverträge anlässlich der Trennung: Viel brisanter wird die Situation nämlich, wenn die Ehe kriselt und einer der Ehepartner bereits an eine Trennung denkt. Möglicherweise sind gemeinsame Kinder vorhanden, eventuell wurde bereits ein Eigenheim gebaut, welches hoch verschuldet ist. Hierbei stellen sich in erster Linie praktische Fragen der Trennungsfolgen: Wie werden gemeinsame Konten aufgelöst, gemeinsame Schulden geregelt? Wer bekommt das Auto? Wie wird der Hausrat aufgeteilt? All dies kann durch Trennungvereinbarungen geregelt werden.

Erst wenn beide Ehepartner nach einer gewissen Zeit zu dem Ergebnis kommen, dass die Trennung endgültig ist, stellt sich die Frage der Ehescheidung. Damit werden Scheidungsfolgen aktuell.

Zu den Scheidungsfolgenvereinbarungen gehören: nachehelicher Ehegattenunterhalt, Versorgungsausgleich, Zugewinnausgleich, Vermögensauseinandersetzung, um die wichtigsten Punkte zu nennen.

Schwerpunkt des Vortrages waren die güterrechtlichen Regelungsmöglichkeiten und der gesetzliche Güterstand des Zugewinnausglei-

ches. Sofern die Ehegatten nämlich keine Vereinbarung treffen, tritt mit der Heirat der Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ein. Beim Zugewinnausgleich wird berechnet, was am Tag der Heirat bei beiden Ehegatten als Vermögen vorhanden war und was am Tag der Zustellung des Scheidungsantrags bei beiden Ehegatten vorhanden ist. Die Vermögensmehrung zwischen diesen beiden Tagen stellt den Zugewinn jedes Ehegatten dar. Hat ein Ehepartner mehr Vermögen als der andere erworben, findet ein Ausgleich statt und zwar in Höhe der Hälfte der Differenz. Zu dem Güterstand der Gütergemeinschaft und der Gütertrennung ergeben sich bedeutende Unterschiede.

Eine maßgebende Unterscheidung ist die Beurteilung einer Erbschaft oder Schenkung bei einem der Ehegatten. Diese wird im Zugewinnausgleich so behandelt, dass sie grundsätzlich bei dem Ehepartner verbleibt, der die Erbschaft gemacht oder die Schenkung erhalten hat.

Zu berücksichtigen sind auch erbrechtliche Folgen. Bei der Zugewinnungsgemeinschaft erhöht sich das gesetzliche Erbteil des überlebenden Ehepartners automatisch und zwar um ein Viertel der Erbschaft. Es handelt sich hierbei um eine fiktive Erhöhung. Unerheblich ist, ob die Ehegatten tatsächlich einen Zugewinn erzielt haben.

Eine Regelung, die beiden Ehegatten gerecht wird, kann aber nur im Einzelfall gefunden werden. Mit dem Vortrag wurden dementsprechend Fälle vorgestellt, in welchen eine Abweichung vom gesetzlichen Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft sinnvoll und notwendig erscheint.

Risiken der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft

(es) Im Rahmen einer Vortragsreihe „Recht“ der Liberalen Frauen referierte Rechtsanwältin Andrea Fromherz über Risiken und Chancen der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft. Das Thema interessierte sowohl jung als alt, so dass der Vortragssaal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Fortsetzung der Vortragsreihe folgt.

Der Einstieg begann mit der gemeinsam gemieteten Wohnung. Rechtsanwältin Fromherz betonte, dass beide Partner jeweils gegenüber dem Vermieter für die gesamte Miete haften. Möchte einer der Partner wieder aus der gemeinsamen Mietwohnung ausziehen, sollte der verbleibende Partner die Fortsetzung des Mietvertrages mit dem Vermieter absprechen. Ge-

lingt dies nicht, muss der Mietvertrag gekündigt werden.

Neu war für manche, dass es auch in der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft Unterhaltsansprüche geben kann, nämlich die der nicht-ehelichen Mutter. Diese hat für einen begrenzten Zeitraum nach der Geburt einen Unterhaltsanspruch gegenüber dem Vater des Kindes.

Die Rechte von verheirateten Paaren und Paaren in nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft unterscheiden sich. Dagegen sind Kinder aus ehelichen und nicht-ehelichen Partnerschaften rechtlich weitgehend gleichgestellt. Sichtbar wird dies im Erbrecht: Kinder sind grundsätzlich die gesetzlichen Erben ihrer Eltern. Ihnen stehen jeweils Pflichtteilsansprüche zu. Die Partner einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft sind hingegen nicht gesetzliche Erben ihres Partners. Ihnen stehen auch keine Pflichtteilsansprüche zu.

Liberale Frauen Ludwigsburg

Frauen in Führungspositionen: VHS Leiterin Gudrun Schürhle

(es) „Frauen in Führungspositionen“ heißt eine Vortragsreihe der Liberalen Frauen. Bei einer gut besuchten Mitgliederversammlung im „Württembergischen Hof“ in Ludwigsburg war die Leiterin der Schiller-Volkshochschule im Landkreis Ludwigsburg, Gudrun Schürhle, zu Gast.

Nach einer kurzen Ausführung ihres beruflichen Lebenslaufes - Banklehre, BWL-Studium an der FH Nürtingen, Referentin für Marketing, Verkaufstrainerin, Unternehmensberaterin und Abteilungsleiterin beim Württembergischen Sparkassen- und Giroverband - leitet Schürhle seit 2004 die Schiller-Volkshochschule. Sie ist Chefin von 23 Personen – 2 Männer und 21 Frauen, davon zehn hauptamtliche Pädagogen.

Auf Ihre Aktivität hin hat sich die VHS nicht nur äußerlich sondern auch inhaltlich verändert. Bestechend die Zahlen: mehr als 2.000 geplante Kurse in 2006, rund 19.000 Teilnehmer in Kursen und Einzelveranstaltungen. Vieles ist zum Wintersemester neu, z.B. die telefonische Anmeldung für Stammkunden.

Das Programmheft hat eine Auflage von 51.000 Stück, davon werden rund 40% vorab an die Stammkunden verschickt. In jedem Ort gibt es örtliche Vertreter – in Mundelsheim ist es Ortrun Martini, die auch Vorstandsfrau bei LIF ist.

Heftig diskutiert wurde über die 10-prozentige Kürzung der Landeszuschüsse. Für die Schiller-VHS bedeutet dies Mindereinnahmen von € 20.000. Ob dies zu Gebührenerhöhungen für 2007 führt, ist noch nicht entschieden. Deshalb werden Strukturdiskussionen geführt, Einsparungspotenziale gesucht – jedoch soll die Qualität des Angebots nicht leiden, vor allem auch deshalb, weil die Schiller-VHS mit ihren Kursangeboten gerade Frauen als Kunden hat, die auf Grund ihrer speziellen Lebensbiographie auf solche Angebote zur Weiterbildung und Information angewiesen sind.

LIF-Bezirksvorsitzende Erika Schellmann bedankte sich und machte deutlich, dass das Beispiel Gudrun Schürhle zeige, dass es für Frauen interessant ist, sich auf ähnliche Posten zu bewerben.

Die Vernetzung von Frauen untereinander zählt Schellmann in ihrem Rechenschaftsbericht zu ihren Hauptaufgaben. „Es geht darum, wahrgenommen zu werden und Ideen einzubringen.“ Erfolgreiche Höhepunkte der jüngsten Zeit waren die Vortragsreihe „Frauen und Recht“, der Historische Rundgang in Mundelsheim sowie das Informationsfrühstück anlässlich des 5. Geburtstages der LIF Ludwigsburg im Hochdorfer Schloss über das Leben von Elly Heuß-Knapp.

Liberale Frauen Kurpfalz

Neu an der Spitze: Dr. Birgit Arnold

Schriesheim (ba) "Politik braucht Frauen. Ich will auch in unserer Region Frauen ermuntern, sich stärker politisch zu engagieren und für politische Ämter zu kandidieren," erklärte Dr. Birgit Arnold aus Schriesheim nach ihrer Wahl zur Bezirksvorsitzenden der LIF Kurpfalz.

„Frauen sind wegen ihrer höheren Sozialkompetenz, ihres Organisationstalentes und ihrer effizienten Arbeitsweise eine große Bereicherung im politischen Alltagsgeschäft.“ Der Historikerin und frisch gebackene FDP-Landtagsabgeordnete im Wahlkreis 39 Weinheim steht Ina Flechsig, FDP-Ortsvereinsvorsitzende in Neckargemünd, als Stellvertreterin zur Seite. Als Schatzmeisterin fungiert weiter Helga Bender aus Leimen. Beisitzerinnen sind Claudia Loff, FDP-Ortsvorsitzende in Hockenheim sowie Beate Hohl und Cordelia Adler aus Mannheim.

"Es gibt immer noch viel für uns zu tun", so Dr. Birgit Arnold, die auch als frauenpolitische Spre-

cherin der FDP/DVP-Landtagsfraktion ist. Die bessere Integration der ausländischen Mitbürgerinnen, Bildungsfragen, Gewalt gegen Frauen, Zwangsprostitution und Zwangsheirat, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das seien die dringendsten Probleme, die es zu bewältigen gäbe. Aber Arnold will ihr neues Amt auch dazu nutzen, das Wählerpotential bei Frauen für die FDP zu vergrößern. "Die Frauen heute in Deutschland - sie sind so gut ausgebildet, so unabhängig und so selbstbewusst wie keine andere Frauengeneration zuvor. Wir sind als Liberale genau die richtigen Ansprechpartner für diese Generation", so Arnold. "Denn in der FDP finden sich Menschen zusammen, die den Mut zur eigenen Meinung haben, aber tolerant Andersdenkende akzeptieren, die auf das Individuum setzen, aber auch bereit sind, für andere Menschen Verantwortung zu übernehmen."

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

Funktionen und Ausschüsse

Stuttgart (pa). Die FDP Baden-Württemberg hat bei der Landtagswahl am 26. März 2006 mit 10,7 % ihr bestes Landtagswahlergebnis seit 1952 eingefahren. Damit stellen die Südwestliberalen nun fünfzehn Abgeordnete, darunter vier liberale Frauen: Heiderose Berroth und Beate Fauser wurden wiedergewählt; erstmals den Einzug ins Parlament schafften Dr. Birgit Arnold und Monika Chef.

Heiderose Berroth (Renningen, WK Leonberg) ist Mitglied im Finanzausschuss. Die Gründungsvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg ist zudem stellvertretende Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied im Präsidium des Landtags. Ihre Sprecherfunktionen in der Landtagsfraktion: Finanzen und Haushalt; Sport, Kunst und Kultur.

Beate Fauser (Althengstett, WK Calw) ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss sowie im Petitionsausschuss (Obfrau). Ihre Sprecherfunktionen in der Landtagsfraktion: Mittelstand und Tourismus.

Dr. Birgit Arnold (Schriesheim, WK Weinheim) ist Mitglied im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport sowie im Sozialausschuss. Außerdem ist die frühere stellvertretende Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Schriftführerin im

Landtag. Ihre Sprecherfunktion in der Landtagsfraktion: Frauen und Gleichstellungsfragen.

Monika Chef (Gemmrigheim, WK Bietigheim-Bissingen) ist Mitglied im Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft sowie im Umweltausschuss. Ihre Sprecherfunktion in der Landtagsfraktion: Jugend, Verbraucherschutz, Weinbau.

FDP-DVP-Fraktionssitzungssaal hat einen Namen: Elly-Heuss-Knapp-Saal

(pa) Am 25. Januar 2006 – am 125. Geburtstag – würdigte die Landtagsfraktion die liberale Politikerin und Sozialreformerin Elly Heuss-Knapp. Im Beisein von Hanna Frielinghaus-Heuss, Nichte von Theodor Heuss, und zahlreichen Gästen wurde feierlich eine Namens- und Gedenktafel enthüllt.

Termine • Termine • Termine

28. September 2006: Gründung der Bezirksvereinigung Neckar-Alb, 19.30 Uhr, Sternwarte Tübingen

7. Oktober 2006: Fachtag der Liberalen Frauen Baden-Württemberg „Integration durch Bildung – neue Wege gehen! Beispiele aus dem Schulalltag“, 10.30 Uhr – 15.30 Uhr, Klosterschule Unserer Lieben Frau, Offenburg

Zu guter Letzt ...

„Lasse man uns doch lernen, zu was wir fähig sind.“

Mathilde Weber (1829 – 1901); Vorreiterin der bürgerlichen Frauenbewegung in Württemberg, allgemeiner deutscher Frauenverein

LIBERA Baden-Württemberg

Redaktion / Impressum:

v.i.S.d.P.: Jutta Pagel, Akazienweg 11, 74523 Schwäbisch Hall
eMail jutta.pagel@t-online.de

Autoren dieser Ausgabe: Dr. Birgit Arnold (ba), Ute Dorr (ud), Dorette Frank (df), Jutta Pagel (pa), Rita Fromm (rfr), Erika Schellmann (es), Susanne Winkler (sw).

Fotos: Rita Fromm, Jutta Pagel

Redaktionsschluss für die 9. Ausgabe LIBERA BW: 10.12.2006